

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 24. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Montag, den 08.02.2021

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:47 Uhr

Ort, Raum: großer Saal im Bürgerhaus in Allendorf (Lumda)

Die stellvertretende Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Frau Trenz, eröffnet die 24. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit fünf anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Sie gilt somit als beschlossen.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 25.01.2021 wurden keine Widersprüche eingelegt. Es gilt somit als beschlossen.

Tagesordnung

der 24. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 08.02.2021

- TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021
hier: Beratung und Beschlussempfehlung gemäß § 51 Nr. 7
i. v. m. § 95 HGO
Vorlage: 20/273/2020/1
- TOP 2: Anfragen und Mitteilungen
-

TOP 1: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2021
hier: Beratung und Beschlussempfehlung gemäß § 51 Nr. 7
i. v. m. § 95 HGO
Vorlage: 20/273/2020/1

Frau Trezn er6ffnet die Beratung und stimmt zun6chst die Vorgehensweise der anstehenden Beratungen mit den Beschlussempfehlungen ab.

Es besteht Einvernehmen, 6ber die Einzelantr6ge der Fraktionen in der Reihenfolge zu den Produkten (Ergebnis- und investiver Finanzhaushalt) mit den Anlagen des Haushaltsplanes eine Beschlussempfehlung zu fassen.

Einzelantr6ge zu den Produkten (in aufsteigender Reihenfolge)

Produkt 1.1.1.30, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand):

Einrichtungen f6r die gesamte Verwaltung

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschlie6en:

Die Auszahlungen f6r Sach- und Dienstleistungen in H6he von 5 T€ f6r die Neuerstellung der st6dtischen Homepage sind zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 1 CDU
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Produkt 1.1.1.50, Zeile 3 (Kostenerstattungen):

Einrichtungen f6r die gesamte Verwaltung

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschlie6en:

Die Kostenerstattungen f6r den Klimamanager um 6.965,00 € zu erh6hen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 1.1.1.50, Maßnahme 001 u. a. , Pos. 1.2: Liegenschafts- und Gebäudemanagement

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Aufnahme von Einzahlungen für den Verkauf von drei Baugrundstücken „Im Westerfeld“ in Höhe von 161.700,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1 CDU
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich abgelehnt.

Produkt 1.2.6.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 04.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes von 127.565,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Siehe gemeinschaftlicher Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Produkt 1.2.6.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes von 127.565,00 € um 4.800,00 € auf 122.765,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Siehe gemeinschaftlicher Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Produkt 1.2.6.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 30.01.2021

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes von 127.565,00 € um 20.565,00 € auf 107.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Siehe gemeinschaftlicher Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Produkt 1.2.6.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Gemeinsam erarbeiteter Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes von 127.565,00 € um 20.000,00 € auf 107.565,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 001 (Auszahlungen für Investitionen): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 04.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung der Auszahlungen für Investitionen von 77.000,00 € um 30.000,00 € auf 47.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Siehe gemeinschaftlicher Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 001 (Auszahlungen für Investitionen): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung der Auszahlungen für Investitionen von 77.000,00 € um 65.000,00 € auf 12.000,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Siehe gemeinschaftlicher Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Produkt 1.2.6.10, Maßnahme 001 (Auszahlungen für Investitionen): Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes

Beschlussgrundlage:

Gemeinsam erarbeiteter Beschlussvorschlag der Fraktionen.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung der Auszahlungen für Investitionen von 77.000,00 € um 65.000,00 € auf 12.000,00 € sowie die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 in Höhe von 45.000,00 € für die Beschaffung eines Mannschaftstransportwagens (MTW).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1 Bündnis90/Die Grünen

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 3.1.5.20, Zeile 7 und 13 (Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen / Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Soziale Einrichtungen für Pflegebedürftige, Familienzentrum

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.
Schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 04.02.2021.
Schriftlicher Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen um 6.000 € auf 0 € sowie den Sach- u. Dienstleistungsaufwand von 20.000 € auf 0 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 3.6.5.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Tageseinrichtungen für Kinder

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.
Schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 04.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

- Die Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 9.000,00 € auf 28.750,00 € (Beratungsleistungen KiTa-Entwicklung, Gebührenneukalkulation).
- Der Magistrat wird darüber hinaus aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung Gebührenkalkulationsmodelle für eine neue KiTa-Gebühr im Sport- und Kulturausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 1 CDU
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

Produkt 5.2.2.10, Zeile 1 (privatrechtl. Entgelte): Bereitstellung von Mietwohnungen

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 04.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Erhöhung der privatrechtl. Entgelte um 5.000,00 € auf 11.500,00 € (Vermietungserträge).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 5.4.1.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Straßen, Verkehrswege

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10.000,00 € auf 227.730,00 € (Straßen-Sanierungskonzept).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 5.4.1.10: Maßnahme 04 (Sanierung Nouvion-Platz in Allendorf)

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Eine HH-Sperre für den Betrag in Höhe von 60.000,- Euro für die Neugestaltung des Nouvion-Platzes in Allendorf, welcher durch den Bauausschuss aufgehoben werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Produkt 5.5.3.10, Zeile 13 (Sach- u. Dienstleistungsaufwand): Betrieb von Friedhöfen / Bestattungen

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 15.000,00 € auf 70.800,00 € (Sanierung Friedhofshalle Allendorf).

Nach eingehender Diskussion wird der Antrag von der antragstellenden Fraktion zurückgenommen.

Stellenplan

Beschlussgrundlage:

Mündlicher Vortrag/Antrag des Bürgermeisters.

Verlängerung des kw-Vermerks und Anpassung der Eingruppierung im Bereich des Bauamts (Produkt 11150):

Stellenplanvermerk alt: TVöD 8, 0,58 Stelle mit kw-Vermerk 31.12.2021.

Stellenplanvermerk neu: TVöD 10, 0,58 Stelle mit kw-Vermerk 31.12.2023.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Haushaltssatzung

mit Produkt 6.1.1.10 (Gemeindesteuern und Zuweisungen/Umlagen)

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 01.02.2021.

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Änderung der Haushaltssatzung wie folgt zu beschließen:

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2021 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **575 v. H.**

b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **575 v. H.**

.....

sowie

Produkt 6.1.1.10, Zeile 5 Steuern und steuerähnliche Erträge:

Die Reduzierung der Erträge für die Grundsteuern um 102.870,00 € auf 4.079.500,00 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3 BFA/FDP, FW
Nein-Stimmen: 2 Bündnis 90/Die Grünen, CDU
Enthaltung: 0

Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

GESAMTBESCHLUSS Haushalt

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der mehrheitlich gefassten Einzelbeschlüsse

- die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2021,
- das zugrundeliegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO,
- das Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92a HGO zu beschließen

sowie

- die Kenntnisnahmen
 - des Finanzstatusberichts und
 - der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2022 bis 2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 3 BFA/FDP, FW
Nein-Stimmen: 1 Bündnis90/Die Grünen
Enthaltung: 1 CDU

Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

TOP 2: Anfragen und Mitteilungen

Anfragen

Herr Krieb:

- Aufgrund einer Straßensperrung in der Elisabethenstraße kommt es im Totenhäuser Weg in Allendorf durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und nicht ordnungsgemäß geparkten Autos zu größeren Problemen. Er bittet darum, dass sich das städtische Ordnungsamt der Situation vor Ort annimmt.
- Über den VHKA wurde eine Telefonzelle zum freien Büchertausch angeschafft, die über das Projekt „Dabeisein“ im Lumdatal gefördert wurde. Er bittet um Auskunft, wann und wo die Aufstellung erfolgen wird.
- Die im Homberg ursprünglich vorgesehenen Waldflächen für die geplante Stilllegung zur Schaffung von Ausgleichsflächen konnten aufgrund der Ablehnung durch die UNB beim Landkreis nicht umgesetzt werden. Wie ist der Sachstand?

Herr Bürgermeister Benz:

- Die Telefonzelle ist derzeit noch in den Räumlichkeiten des Bauhofs untergebracht und soll, sobald es die Hygienevorschriften zur Corona-Pandemie gestatten, im Bereich der Ruhebänke am Mühlgraben gegenüber dem Rathausgebäude aufgestellt werden.
- Durch die UNB beim Landkreis wurden die von der Stadt beantragten Flächen im Homberg verworfen, da sie nach dortiger Sicht, insbesondere auch durch die drei zurückliegenden Dürrejahre, keine besondere naturschutzrechtliche Wertigkeit aufweisen und somit für eine Waldstilllegung mit Anerkennung von Öko-Punkten nicht in Frage kommen. Herr Krautzberger hatte allerdings beim seinerzeitigen Flächenvorschlag zur Waldstilllegung in Zusammenarbeit mit der Landschaftspflegevereinigung bereits weitere mögliche alternative Flächen – nicht nur im Homberg – benannt, die derzeit mit der UNB verhandelt werden.

Frau Henneberg:

- Sie bittet um eine Sachstandsmitteilung zu den bereits seit längerem in der politischen Diskussion befindlichen Themen zur Erstellung eines „Leerstands- und Baulückenkatasters“.

Herr Bürgermeister Benz:

- Zum Thema Leerstandskataster ist eine Verschneidung von Einwohnermeldedaten mit den bebauten Grundstücken erforderlich. Nach Rücksprache mit dem externen Datenschutzbeauftragten bestehen erhebliche datenschutzrechtliche Bedenken bei der Nutzung der Einwohnermeldedaten, so dass derzeit eine Erstellung dieses Katasters in der gewünschten Form nicht möglich ist.
Die Frage zum „Baulückenkataster“ wird zum Protokoll beantwortet.

Anmerkung zum Protokoll:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Erstellung eines Baulückenkatasters erfolgte am 18.02.2020 (Vorlage-Nr. 99/144/2020). Die Erstellung selbst soll keine externen Kosten verursachen. Insofern ist das Bauamt derzeit damit befasst. Aufgrund der Arbeitsbelastung sowie der personellen Fluktuation ist bisher die Erstellung des Katasters noch nicht erfolgt.

Allendorf (Lumda), den 10.02.21

gez. Trenz

**(Stadtverordnete
Brunhilde Trenz)
stellv. Vorsitzende**

Rausch

**(Leiter Fachbereich Finanzen
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Sandra Henneberg

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Thomas Stein

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneten Manuel Sult
Herr Stadtverordneter Alexander Zientek

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Herr Bürgermeister Thomas Benz

Verwaltung :

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

entschuldigt fehlten:

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Marcel Schmidt

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Ralf Hofmann

SPD-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Apala-Raphael Omokoko

Magistrat :

Frau Stadträtin Petra Sommerlad
Herr Stadtrat Reinhard Gröb
Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr 1. Stadtrat Udo Schomber
Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Karlheinz Erbach